

PRESSEMITTEILUNG

Hessens Kommunen erhalten hohe Finanzhilfen in der Corona-Krise

Die Städte, Gemeinden und Kreise in Hessen mussten in der Corona-Krise einen starken Steuereinbruch hinnehmen. Durch die Finanzhilfen von Bund und Land erreichten sie 2020 dennoch einen leichten Überschuss. Die Investitionen verharren im Mittelmaß, die Hartz-IV-Ausgaben sind hoch.

Gütersloh, 06. Juli 2021. Die Corona-Pandemie und die sich anschließende Rezession haben die Kommunen im Jahr 2020 finanziell belastet. So brach die Gewerbesteuer ein und entstanden hohe Mehrkosten in der Pandemie-Bekämpfung. Das berichtet der Kommunale Finanzreport 2021 der Bertelsmann Stiftung. Durch ein historisches Hilfspaket von Bund und Land konnten flächendeckende Haushaltsnöte abgewendet werden und erreichten die Kommunen zum fünften Mal ein leichtes Plus. Je Einwohner erhielten die hessischen Kommunen die höchsten Hilfszahlungen.

Rückgang der Gewerbesteuer um 1 Milliarde Euro

Die Krise traf die Kommunen bei den Einnahmen und Ausgaben. Der größte Effekt war der Rückgang im Aufkommen der konjunktursensiblen Gewerbesteuer. Aber auch bei der Einkommensteuer und den kommunalen Gebühren traten Verluste auf. Der Rückgang der Gewerbesteuer verlief zwischen den Städten je nach Wirtschaftsstruktur sehr unterschiedlich. „Die Stadt Frankfurt am Main zum Beispiel verlor im Jahresvergleich über 500 Millionen Euro“, sagt René Geißler, Professor für öffentliche Wirtschaft der Technischen Hochschule Wildau und Mitautor der Studie. Dennoch erreichen die hessischen Gemeinden bundesweit weiterhin die höchste Steuerkraft. Je Einwohner fällt die Gewerbesteuer doppelt so hoch aus wie in Ostdeutschland. Ein Drittel der hessischen Gewerbesteuer wird in Frankfurt am Main vereinnahmt.

Anstieg bei kommunalen Investitionen

Bei den Investitionen verharren die hessischen Kommunen seit Jahren im Ländervergleich nur im Mittelfeld und unter dem Bundesdurchschnitt. An der Spitze liegen die süddeutschen Kommunen mit rund der Hälfte mehr Investitionen je Einwohner. Durch die Stabilisierung der Haushalte konnten die Kommunen ihre Pläne im Jahr 2020 relativ unbeschadet umsetzen und steigerten die Investitionen um mehr als zehn Prozent. „Investitionen in die Infrastruktur heute sind die Wirtschaftskraft von Morgen. Land und Kommunen müssen das Niveau zumindest halten“, empfiehlt Kirsten Witte, Kommunal-Expertin der Bertelsmann Stiftung.

Hartz-IV-Ausgaben dauerhaft hoch

Die hessischen Kommunen verzeichnen seit jeher relativ hohe und über dem Bundesschnitt liegende Hartz-IV-Ausgaben. Trotz des wirtschaftlichen Rückgangs im vergangenen Jahr sind die Ausgaben zumindest stabil geblieben. Je Einwohner liegen sie aber doppelt so hoch wie in Bayern. Problematische Werte erreichen alle fünf kreisfreien Städte, die zum bundesweiten Zehntel der höchst belasteten Kommunen gehören. Allerdings ist die Spannweite im Land groß. In Wiesbaden sind die Hartz-IV-Ausgaben je Einwohner vier Mal höher als im Vogelsbergkreis.

Kassenkredite bleiben nahe Null

Die Kassenkredite, quasi der Dispo-Kredit der Kommunen, gelten als zentraler Krisenindikator. Sie gehen im Regelfall einher mit hohen Sozialausgaben und Steuersätzen, mit niedrigen Investitionen und allgemein geringen Handlungsspielräumen für die Lokalpolitik. Die Kassenkredite lagen Ende 2020 bundesweit bei 31 Milliarden Euro. Zwei Drittel davon entfallen auf die Kommunen Nordrhein-Westfalens. Hessen fiel lange Zeit durch sehr hohe Werte auf. Im Jahr 2018 wurden die bestehenden Kassenkredite durch Land und Kommunen umgeschuldet. Die nunmehr niedrigen Werte wurden auch in der Corona-Krise beibehalten.

Bund-Länder-Hilfsprogramm bringt 1,2 Milliarden Euro Steuererstattung

Um die Kommunen in der Krise finanziell handlungsfähig zu halten, reagierten Bund und Land im Frühjahr 2020 mit einem beispiellosen Hilfsprogramm. Finanziert wurde es größtenteils durch die Aussetzung der Schuldenbremse.

Die fiskalisch bedeutsamste Maßnahme war die Erstattung der Ausfälle der Gewerbesteuer für das Jahr 2020 durch Bund und Land gemeinsam. Auf die hessischen Kommunen entfielen dabei 1,2 Milliarden Euro; je Einwohner der höchste Betrag. Da die Rezession milder verlief als geschätzt, stand den Kommunen einschließlich der Erstattungen sogar ein höheres Steueraufkommen zur Verfügung als im Vorjahr. Hinzu kam, dass die erhöhte Gewerbesteuerumlage zur Beteiligung der westdeutschen Kommunen an den Kosten des „Solidarpakts Ost“ 2020 auslief. Dieser Effekt fiel allerdings in Hessen geringer aus, da das Land einen Teil der Umlage weitererhebt. „Die hessischen Gemeinden haben dennoch einige hundert Millionen Euro mehr an Erstattung für die Gewerbesteuer erhalten, als sie letztlich verloren“, sagt Geißler.

Im Jahr 2020 hat der Bund seinen Kostenanteil an den kommunalen Hartz-IV-Kosten (Kosten der Unterkunft – KdU) in allen Ländern um 25 Prozentpunkte auf bis zu 74 Prozent der bundesweiten KdU-Ausgaben erhöht. Für Hessen bedeutete das rund 276 Millionen Euro. Diese Hilfen erreichen überwiegend Städte mit höheren Soziallasten. So erhält zum Beispiel die Stadt Wiesbaden 22 Millionen Euro, Kassel 15 Millionen, Offenbach und Darmstadt je 10 Millionen Euro jährlich.

Haushaltsprobleme absehbar

Das Jahr 2020 haben die Kommunen durch Finanzhilfen von Bund und Land finanziell unbeschadet überstanden. Positiv ist, dass das Land den kommunalen Finanzausgleich in den drei Folgejahren aufstockt. Dennoch wird der Haushaltsdruck zunehmen, da die Ausgaben weiter steigen und die Steuern den Vor-Krisen-Trend erst mittelfristig wieder erreichen.

Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken. Ziel des kommunalen Finanzreports ist es, die regionalen und zeitlichen Trends wichtiger Indikatoren für die Kommunen der Flächenländer aufzuzeigen. Er wird in Kooperation mit der Technischen Hochschule Wildau und Experten aus der Praxis erarbeitet.

www.kommunaler-finanzreport.de

Unsere Ansprechpartner:innen: Dr. Kirsten Witte, Telefon: 05241 8181030
E-Mail: kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de

Prof. Dr. René Geißler, Telefon: 0152 3893 7142
E-Mail: rene.geissler@th-wildau.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Themen: Bildung, Demokratie, Europa, Gesundheit, Werte und Wirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de